

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volkshilfswesens Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großhain befähigte Blatt

<b>Bezugspreis</b> mit illustrierter Beilage Post und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Sechsmonats 1.00 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. - Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 - <b>Volkshilfskonto Leipzig Nr. 53477</b>	<b>Redaktion:</b> Leipzig, Tauscher Str. 19/21 <b>Telegraphen-Adresse:</b> Volkszeitung Leipzig <b>Telefon 72206. - Verlag in Leipzig:</b> Tauscher Straße 19/21 - Telefon 72206	<b>Anzeigenpreise:</b> Die 10 Spalten, Kolonelle 85 Pf., bei Platzvorrat 40 Pf. Stellenangebote 10 Spalten, Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10 Spalten, Kolonelle mit 50 Pf. Nachh. Kolonelle 2 Pf. Inserate v. ausw.: die 10 Spalten, Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorrat, 60 Pf., Kolonelle 2.25 Pf.
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Die heiligen Schwüre im Schützengraben

### Sollen sie wiederkehren?

Wie war das doch? Der Schmutz lief starrend zu den Stiefelgassen hinein. Abgrundlos der Boden. Die Unterstände gleichen einer Tropfsteinhöhle und Läufe, Läufe... Kalt kam die dürftige Kohlsuppe in die zusammengebrochenen Gräben. Kein Wasser, kein Kaffee, kein Tee den ganzen Tag. Aus dem Nebelgrau des Himmels brachen Granaten und Minen herein. Alles zermalmend, was nicht rechtzeitig zu flüchten vermochte.

Und dennoch. Immer Arbeitsdienst. Schaufeln, schaufeln, schaufeln... Mit knurrendem Magen, in regen durchtränkten Röcken und Mänteln. Dahinter der staumelnde Leutnant, der soeben aus dem gutgeschützten warmen Unterstand froh und immer neue Befehle gab.

Da ballten sich die Fäuste um die verschlammten Spaten. „Die sollen mir jemals wiederkommen mit dem Militärverein, mit ihrer Heppresse, mit all den schönen Reden, während ihrer Feste, vor den Wahlen...“

Und wenn es dann in die Reservequartiere ging, mit Handgranaten im Koppel, 200 Patronen im Uffen und um die Achsel gehängt. Das Gewehr, Gasmaske, Schanzzeug, bis zum Tode ermüdet. Dann ging das „herrliche“ Kriegerleben von neuem los. Dann waren die bunt berockten Herren außerhalb des Gefahrenbereiches der Granaten, und wurde aus der sehnlichst herbeigewünschten Ruhezeit? Exerzieren und Drill den ganzen Tag. Und die Nacht war zum Schanden da. „Ja, das Soldatenleben, das heißt lustig sein.“

Und während draußen die Väter und Brüder im Schmutz verfaulen, während sie jeden Augenblick ihres Schicksals harren; fanden drinnen im Lande die Frauen und Töchter, in Eisenkäse und bei düstem Regen, in schwarzen Schlangen Stundenlang, um, wenn es gut ging, ein Viertelpfund schmierigen Wurstesatz mit nach Hause zu bringen. Die Wangen der Kinder waren fahl und bleich, die Mutter zermürbte ihre Kräfte in der Munitionsfabrik, während die Kriegesgläubigen, die Prozentpatrioten in den Rüstungsfabriken Millionen über Millionen in ihren Geldschranken häuften. Für diese gab es keine Hungersnot. Für sie war der Krieg eine Badekur. Nur für die anderen galt das Wort: Entbehren sollst du, sollst entbehren. Das war die ewige Leiermelodie, die den Millionen der arbeitenden Massen eintönig vorgegaukelt wurde. Der „Dank des Vaterlandes“ war ihnen gewiß, und das Vaterland ist wirklich „dankebar“ gewesen.

Die „Negelreihen“ Generale erhalten ihre Feldpension. 15-25 000 Mark pro Jahr. Damit sie nicht zu hungern brauchen, wird den Witwen und Waisen ihr karglicher Sold gekürzt. Und wer schon während des Krieges nicht zu lernen vermochte, was ist mit den Millionen Ansehensgeldern geworden? Die Rentner, die Pensionäre, der keine Geschäftsmann, sie haben alles, alles dargebracht, während die Hohenrollen von ihren Hunderten von Millionen nur Bruchteile auf dem so viel gerühmten Altar des Vaterlandes opferten.

Und was man sonst noch gerettet hatte, das wurde von den Stinnes und Konforten während der Inflation bis zum letzten Heller aufgefressen. Wer bereinigt in gemächlicher Ruhe die Tage seines Alters zu genießen vermochte, ist heute auf die Almosen der Wohltätigkeit angewiesen. Und zum Spott oben drein noch der Hohn. Die Berberichter des Krieges haben ihre Namen daruntergezeichnet. Sie haben die Aufwertungsgeheule auf dem Gewissen, trotz schönster Versprechungen, die in den Wahltagen gemacht worden sind.

Wo bleiben aber die heiligen Schwüre des Schützengrabens, wo bleiben die Flüche der vergrämten Frauen, wenn sie nach jedem Gramm Butter Duhende von Kalen auf die Kriegesfürsorge laufen mußten? Heute sind die Kriegstreiber von 1914 bis 1918 wieder oben auf. Die schwarzweißroten Fahnen der Kriegsschuldigen wehen abermals pröchtig von den Häuptergiebeln herab. Berlin huldigt dem „Sieger von Tannenberg“, der uns so glücklich nach Versailles geführt. Schon wollen sie wieder „siegreich Frankreich schlagen“, und von neuem türmen sich Gewitterwolken auf, die gefährdend neue Schwüre im Schützengraben erzeugen werden.

Nichts gelernt und nichts vergessen. Die bereinigt die Fäuste am drohendsten ballten, sie sind heute die führenden Mitglieder des Militärvereins, und Tausende von denen, die vor Jahren alles verfluchten, sie sind wiederum die gehorsamen Schäflein ihrer Schlächter von ehemals, die so geschickt verstanden haben, ihre Opfer am Gängelbande hinter sich her zu ziehen.

Und schon rüsten sie zu neuen Kriegen. Die Deutschnationalen fordern die Revision der deutsch-polnischen Grenzen, die ohne neue kriegerische Bewildungen nicht herbeizuführen ist. Die Presse der Kriegstreiber befindet sich erneut in Millionen von Arbeiterhäusern, und erst wenn wir wieder am Abgrunde stehen, werden die Opfer des Krieges erkennen, was sie verschuldet haben.

Ist der Weltkrieg, sind die Erfahrungen von 1914/18 umsonst gewesen? Haben sie gar keine Eindrücke zu hinterlassen vermocht, daß heute die gefährlichsten Feinde des schaffenden

Volkes wiederum das Heft in den Händen haben? Noch ist es Zeit! Noch ist Gelegenheit, sich zurückzubestimmen, sich dessen zu erinnern, was der Krieg und seine Folgen brachten! Noch ist es Zeit, das Gift der Verheerung von sich zu weisen, und noch ist es Zeit, allen die Zähne zu zeigen, denen die Kriegstreiber zwischen den Völkern zum Beruf geworden ist.

Die Großkapitalisten, der Fabrikant, der Bankier, der Rittergutsbesitzer und der schwerreiche Bauer haben es verstanden, ihre Interessen rücksichtslos wahrzunehmen; und ihre Goldgräber in den Redaktionen der bürgerlichen Presse verstehen es noch mehr, den schaffenden Schichten klarzumachen, daß eigentlich die Kriegstreiber von ehemals, die die Milliarden der Kleinen und Kleinsten schluckten, die geborenen „Führer“ des Volkes sind.

Die sozialdemokratische Presse hat sich dem mit allen Kräften entgegengestellt. Sie erinnert und mahnt unausgesetzt. Sie mahnt, sich jener heiligen Schwüre zu erinnern, die bereinigt

in langen Nächten zwischen dem Bersten der Großkapitalisten mit drohenden Fäusten geleistet wurden. Nichtsdestoweniger hat die bürgerliche Presse in den Arbeiterhäusern millionenfach Eingang gefunden.

Was würde ein Rittergutsbesitzer sagen, wenn man ihm nahelegen würde, eine Arbeiterzeitung zu abonnieren? Er würde den Werber zum Tempel hinaus!

Die Presse der Rittergutsbesitzer und des großen Fabrikanten aber fand Eingang in hunderttausenden enger und feuchter Wohnungen der Arbeiterklasse. Soll das so weitergehen? Wollt ihr euch wiederum opfern lassen?

Jetzt ist Gelegenheit. In diesen Tagen kommt der Werber der sozialistischen Presse in dein Haus. Denke zurück an den Krieg. Erinnerst euch eurer heiligen Schwüre. Werft sie hinaus, die Zeitungen der Fabrikanten, die euch jeden Pfennig Lohnherhöhung kalt und brutal verweigert haben! Zeigt die gleiche Solidarität, die den Bestehenden eigen ist.

Leset die Zeitungen eurer Klasse! Abbonniert die:

**Leipziger Volkszeitung**

## Ablehnung der Schulvorlage im Reichsrat

### Die Regierung besteht auf dem Reubellischen Entwurf

SPD Der Reichsrat behandelte am Freitag unter dem Vorsitz des deutschnationalen Reichsinnenministers von Reubell die Schulvorlage in zweiter Lesung. Die Reichsratsmitglieder, die den Regierungsentwurf ablehnen, hatten vorher eine vertrauliche Besprechung in Gegenwart des Zentrumsabgeordneten Schreiber abgehalten.

Der Bericht über die Ausschussberatungen erstattete der preussische Ministerialdirektor Kaestner. Die Ausschüsse hatten sich insgesamt mit nicht weniger als rund 300 Votanten zu befassen. Ein großer Teil war von dem Bestreben geleitet, die Bestimmungen des Gesetzentwurfes der Reichsverfassung anzupassen. Im § 1 wird eine härtere Betonung der gemeinsamen Aufgaben aller deutschen Volksschulen gewünscht, der Gemeinschaftsschule soll die durch § 148 der Reichsverfassung bedingte Vorzugsstellung gegeben werden. Für § 8 wird eine Fassung beantragt, die dem Minderheitschutz besser genügt. Weitere Veränderungen beziehen sich auf Schulaufsicht und Schulverwaltung, auf die Kontrolle des Religionsunterrichts durch die Religionsgesellschaften und auf das Rechtsmittelverfahren. In § 13 haben die Ausschüsse die Mitwirkung von Vertretern der Religionsgesellschaften und Weltanschauungsverbände vollständig gestrichelt. Der Schutz der Simultanfächer in § 20 soll wesentlich erweitert werden. Schließlich verlangen die Ausschüsse, daß das Reich die Kosten zur Durchführung der durch das Gesetz gestellten Aufgaben übernimmt.

Vor Beginn der Debatte gab Reichsinnenminister von Reubell die Erklärung ab, daß die Reichsregierung den Ausschussbeschlüssen in vielen Punkten nicht zustimmen könne.

Im Namen der sächsischen Regierung erklärte General Dr. Gradnauer, daß Sachsen der Regierungsvorlage nicht zustimmen werde, weil sie eine unerträgliche Zersplitterung des sächsischen Volksschulwesens hervorbringe und Unfrieden erzeuge würde. Sie außerdem auch nicht in Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung stehe. Die Ausschussbeschlüsse stellen jedoch eine wesentliche Verbesserung des Gesetzentwurfes dar, wenn auch Sachsen dadurch nicht vollständig befriedigt werde.

In der Einzelberatung wurde zunächst ein Antrag Bayerns auf Wiederherstellung der § 1 und 2 der Regierungsvorlage abgelehnt, wobei Minister von Reubell noch einmal erklärte, die Zustimmung der Reichsregierung zu den Ausschussbeschlüssen nicht in Aussicht stellen zu können. Zu einer namentlichen Abstimmung kam es bei dem von den Ausschüssen eingefügten § 12a, der besagt, daß von Amts wegen einzurichtende neue Schulen Gemeinschaftsschulen sind und zur Umwandlung in eine andere Schulform eine Zweidrittelmehrheit der antragstellenden Erziehungsberechtigten nötig ist. Der Antrag Bayerns, diesen § 12a zu streichen, wurde mit 42 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Ausschussbeschlüsse über den Religionsunterricht wurden gegen den Widerspruch Bayerns, Oldenburgs und der Reichsregierung mit 40 gegen 28 Stimmen angenommen. Der Vertreter Hamburgs machte darauf aufmerksam, daß in Hamburg 16 Religionsgesellschaften öffentlich-rechtlichen Charakter haben, die in den Schulverwaltungen vertreten sein müßten. Im § 20, der die Ausnahmebestimmungen für die Simultanfächer enthält, wird die Zahl dieser Länder wesentlich erweitert. Es handelt sich dabei um Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg, Anhalt, Bremen, Lippe, Albed, Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, Schaumburg, Nassau und die Städte Frankfurt a. M. und Hanau. Zu dem Ausschussantrag, daß die aus dem Gesetz den Ländern und Gemeinden erwachsenden Kosten in voller Höhe vom Reiche erstattet werden, wurde auf Antrag Preussens festgestellt, daß

die Länder einstimmig für die Uebnahme der Kosten auf das Reich

gestimmt hatten. Reichsinnenminister von Reubell erklärte, die Reichsregierung könne zur Regelung der entstehenden Kosten noch keine Stellung nehmen, sie müsse die Ausführung des Gesetzes durch die Länder abwarten.

Vor der Gesamtabstimmung gab der bayerische Gesandte von Proger die Erklärung ab, die bayerische Regierung hätte der Regierungsvorlage zugestimmt, sie müsse aber die Beschlüsse der Reichsratsausschüsse ablehnen, weil der Gemeinschaftsschule eine durch die Verfassung nicht begründete Vorzugsstellung vor der Volksschule gegeben werde. Diese Begründung wies der preussische Ministerialdirektor Kaestner als unzutreffend zurück. Minister von Reubell wiederholte ein drittes Mal, daß die Reichsregierung den Reichsratsbeschlüssen nicht zustimmen könne.

In der namentlichen Schulabstimmung wurde die Vorlage in der Fassung der Reichsratsausschüsse mit 37 gegen 31 Stimmen abgelehnt.

Degegen stimmten Bayern, Anhalt, Oldenburg, Thüringen, Hessen, Hamburg, Bremen, Lübeck, Mecklenburg-Schwerin, Württemberg und die preussischen Provinzen mit Ausnahme von Berlin und Sachsen.

Mit der verhältnismäßig großen Mehrheit von 37 gegen 31 Stimmen lehnte der Reichsrat die Schulvorlage ab. Dieses Ergebnis entstand nicht aus einer einheitlichen Auffassung heraus. Einzelne Länder lehnen das Gesetz vielmehr ab, weil sie sowohl gegen die Vorlage in ihrer ursprünglichen wie in ihrer abgeänderten Form waren, während ein anderer Teil die Vorlage ablehnte, weil sie ihm durch die angenommenen Änderungsanträge nicht mehr gefiel. Das trifft insbesondere auf Bayern, Württemberg und Oldenburg zu.

Die Reichsregierung, die sich aus dem abgelehnten Beschluß des Reichsrats ergibt, ist im Artikel 69 der Reichsverfassung geregelt. Dort heißt es:

„Die Einbringung von Gesetzesvorlagen der Reichsregierung bedarf der Zustimmung des Reichsrats. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Reichsrat nicht zustande, so kann die Reichsregierung die Vorlage gleichwohl einbringen, hat aber die abweichende Auffassung des Reichsrats darzulegen. Befiehlt der Reichsrat eine Gesetzesvorlage, welcher die Reichsregierung nicht zustimmt, so hat diese die Vorlage unter Darlegung ihres Standpunktes beim Reichstage einzubringen.“

Das Reichskabinett hat gemäß dieser Vorschrift inzwischen beschlossen, den Schulgesetzentwurf in seiner ursprünglichen Form dem Reichstage vorzulegen. Aber wie die Regierung die entstandenen Schwierigkeiten überwinden will, weiß sie selbst noch nicht. Ihre jetzige Vorlage hat im Reichstage nicht einmal eine einfache Mehrheit, und selbst wenn diese Mehrheit vorhanden wäre, würde das Spiel längst noch nicht gewonnen sein, weil dann erst noch der Reichsrat wieder gehört werden müßte. Er aber dürfte, wie die Dinge nun einmal liegen, die in seiner Mehrheit vom Reichstage angenommene Regierungsvorlage wiederum ablehnen. In diesem Falle gäbe es noch die Möglichkeit, das Gesetz nochmals an den Reichstag zu verweisen. Voraussetzung hierzu wäre, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit vorhanden ist; denn ein vom Reichsrat abgelehntes Gesetz bedarf dieser Mehrheit, um Rechtskraft zu erlangen. Aber wo soll die Zweidrittelmehrheit für einen Gesetzentwurf herkommen, der selbst für den Fall einer Uebereinstimmung mit einfacher Mehrheit auf äußerst schwachen Füßen steht? Das ist die Situation im Augenblick, an deren Lösung wir keinen Anteil zu nehmen brauchen. Das Rätsel, wie unter den obwaltenden Umständen der Standpunkt der Länder auf eine Formel gebracht werden soll, wie ferner die widerstreitenden Interessen der Parteien, insbesondere der Volkspartei, mit denen der Kabinettsmehrheit aufeinander abgestimmt werden können, mag die Bürgerblattpolitik von sich aus lösen. Wir wünschen ihr viel Vergnügen dazu.